



Kanton Solothurnischer  
Gewerbeverband

Hans Huber-Strasse 38  
4500 Solothurn  
Telefon 032 624 46 24  
www.kgv-so.ch  
info@kgv-so.ch

## Ein klares NEIN zur Mogelpackung «99%-Initiative»!

Pressemitteilung des Kanton Solothurnischen Gewerbeverbandes vom 16. September 2021

**Die Präsidentenkonferenz des Kanton Solothurnischen Gewerbeverbandes (kgv) lehnt mit riesengrossem Mehr die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ab. Die Präsidentenkonferenz – das wirtschaftspolitische Gremium des kgv – beurteilt die Initiative gerade für den KMU-Kanton Solothurn als brandgefährlich.**

### ***100% schädlich für den Mittelstand***

Das erklärte Ziel der Volksinitiative besteht darin, mittels einer höheren Besteuerung von Kapitaleinkommen und einer konsequenten Rückverteilung mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Die einkommensstärksten 1% der Bevölkerung sollen zur Kasse gebeten werden. Doch die Wirklichkeit ist eine andere: Die JUSO-Initiative schadet zu 100% dem Mittelstand. Der Kleinsparer, die Wohneigentümerin und das inhabergeführte KMU werden so belastet, dass sich weder Sparen noch Investieren lohnt. Auf Geldern, die bereits heute besteuert werden (Einkommens- und Vermögensteuer, Gewinn- und Kapitalsteuer, Grundstückgewinnsteuer) soll eine neue, zusätzliche Steuer erhoben werden, die sogar noch Kapitalerträge besteuern will, die gar nicht angefallen sind. So sollen ab einer gewissen Schwelle, es ist von 100'000 Franken die Rede, Kapitalerträge zu 150% besteuert werden. Beim Verkauf eines Eigenheims beispielsweise, das lange Zeit im gleichen Eigentum war, resultiert schnell mal ein Gewinn von mehr als 100'000 Franken.

### ***Für KMU-Familienunternehmen und Start-up ein Fiasko***

Besonders schädlich ist die Initiative für die vielen KMU, wo eine Nachfolgeregelung ansteht: Eine Weitergabe innerhalb der Familie würde nahezu unmöglich. Und auch ohne eine geplante Übergabe ist die Initiative extrem schädlich für die KMU: Die neue Steuer führt zu einer erheblichen Zusatzbelastung der Unternehmerinnen und Unternehmer. Dieses Geld fehlt im Unternehmen und es bleiben folglich weniger Mittel für Investitionen in Mitarbeitende, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur. Das gefährdet letztlich die Arbeitsplätze.

Der Kanton Solothurnische Gewerbeverband ist gemeinsam mit der Solothurner Handelskammer Besitzer der GZS - Gründerdienstleistungen GmbH. Das Ziel der GZS GmbH ist unter anderem Förderung von Firmengründungen. Mit der 99%-Initiative würde die Attraktivität der Schweiz für Gründerinnen und Gründer dramatisch einbrechen. Beim Verkauf eines Start-up würde ein Grossteil des Erlöses wegbesteuert. Mangels liquider Mittel sind die Lohnbezüge in der Anfangsphase von Startup-Unternehmen aber nur stark eingeschränkt möglich. Erst mit dem Verkauf der Beteiligungsrechte am Jungunternehmen, oft an eine grössere Firma, können die Gründerinnen und Gründer im Nachhinein eine angemessene Entschädigung für ihre Anstrengungen und Lohnverzichte in der Startphase erzielen.

## ***Keine Notwendigkeit***

In der Schweiz sind die Markteinkommen – also die Einkommen vor Steuern und Transferleistungen – im internationalen Vergleich gleichmässig verteilt. Der Umverteilungsbedarf ist damit geringer als in anderen Ländern. Es findet dennoch bereits heute vor allem über Transferleistungen und die progressiven Steuertarife eine Umverteilung statt.

Beispiel Bundessteuer: Die einkommensstärksten 5% bezahlen schon heute mehr als zwei Drittel der direkten Bundessteuer.

**Aus all diesen Gründen und weiteren mehr empfiehlt der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband mit aller Deutlichkeit die Ablehnung der 99%-Initiative. Sie schadet zu 100% dem Mittelstand und den KMU, gefährdet Arbeitsplätze, behindert die Gründung innovativer KMU und ist absolut unnötig.**

Weitere Auskünfte erteilen:

Andreas Gasche  
Geschäftsführer kgv  
Telefon 079 629 02 44

Dr. Pia Stebler  
Präsidentin kgv  
079 674 45 45